

Kleine Anfrage

Casino-Situation

Frage von Landtagsabgeordneter Johannes Kaiser

Antwort von Regierungsrat Hubert Büchel

Frage vom 03. September 2025

Am 29. August 2025 hat das Casino Ruggell bekannt gegeben, dass es per 30. September 2025 schliessen wird. Das älteste Casino Liechtensteins ist damit bereits das sechste Casino innerhalb von gut drei Jahren, das zusperrt. Begründet wurde dieser Schritt, dass «die regulatorischen Rahmenbedingungen mehrfach verändert wurden und ein deutliches Regulierungsgefälle zu den umliegenden Ländern entstanden ist». Dazu meine Fragen an die Regierung:

- * Die Regierung rechnete für dieses Jahr im Zuge des Sperrlisten austausches mit der Schweiz mit einem Rückgang des Bruttospielertrages um rund 30 Prozent. Wie heute im «Vaterland» zu erfahren ist, geht die Regierung inzwischen von einem fast doppelt so grossem Rückgang in Höhe von 58 Prozent aus. Wie sehen die Halbjahreszahlen 2025 betreffend den Bruttospielertrag insgesamt sowie für die einzelnen Casinos und die Geldspielabgabe für den Staat im Vergleich zum Halbjahr 2024 konkret aus?
- * Wie sehen die Prognosen bezüglich des Bruttospielertrags insgesamt sowie für die einzelnen Casinos und die Geldspielabgabe für den Staat für 2026 bis 2028 aus?
- * Die Regierung verwies zu Jahresbeginn mehrfach darauf, dass man die Zahlen des 1. Quartals 2025 abwarten wolle, ehe man über entlastende Massnahmen für die Casinos entscheiden wolle. Was für Massnahmen sind bisher konkret beschlossen worden, um die Branche zu stabilisieren und sicherzustellen, damit es mittelfristig noch Staatseinnahmen von dieser Seite geben kann?
- * Gemäss Geldspielgesetz Art. 73 Abs. 4 haben die Casinos einen gesetzlichen Anspruch auf eine «angemessene Rendite», um «im internationalen Wettbewerb bestehen zu können». Was für konkrete entsprechende Massnahmen plant die Regierung noch dieses Jahr, damit diese gesetzliche Vorgabe erfüllt wird und werden die Casinos in diesen Prozess aktiv eingebunden und nicht nur angehört, wie das zuständige Ministerium im heutigen Zeitungsartikel durchblicken lässt?
- * In der Schweiz haben die jährlichen Spielsperren seit dem Start der Online-Casinos 2019 um rund das Dreifache zugenommen. Obwohl die Liechtensteiner Spielbanken keine Online-Casinos betreiben dürfen, müssen sie die Spielsperren aus dem Schweizer Online-Bereich in vollem Umfang übernehmen. Das

entspricht einer Ungleichbehandlung und somit einem Wettbewerbsnachteil. Was gedenkt die Regierung gegen diese Ungleichbehandlung zu unternehmen?

Antwort vom 05. September 2025

zu Frage 1:

Gegenüber der Vorjahresperiode verzeichnen die Spielbanken im 1. Halbjahr 2025 einen Rückgang des Bruttospielertrags von 58.13% und einen Rückgang der Geldspielabgabe von 58.51%. Der BSE-Rückgang beim Casino Admiral beträgt im 1. Halbjahr 2025 gegenüber dem 1. Halbjahr 2024 63.40% und der Rückgang der Geldspielabgabe 63.29%. Bei Casinos Austria beträgt der BSE-Rückgang 9.27% und der Rückgang der Geldspielabgabe 10%. Der BSE-Rückgang bei Club Admiral liegt bei 47.08% und der Geldspielabgabe bei 46.35%. Beim Grand Casino beträgt der BSE-Rückgang 66.78% und der Rückgang der Geldspielabgabe 66.74%. Der BSE-Rückgang beim Alpin Royal liegt bei 2.11% und der Rückgang der Geldspielabgabe bei 5.24; dabei ist zu berücksichtigen, dass die Spielbank ihren Spielbetrieb nach dem Umzug von Vaduz nach Schaan erst am 21. März 2025 wieder aufgenommen hat.

zu Frage 2:

Die Regierung beobachtet und evaluiert die wirtschaftliche Entwicklung des Spielbankenmarktes gemeinsam mit der Spielbankenaufsicht und unter Beizug von Experten. Dabei zeigt sich derzeit eine volatile Situation. Es können deshalb keine konkreten, belastbaren Prognosen gemacht werden. Die Regierung geht jedoch von einem markanten Rückgang der Geldspielabgabe aus. Bereits im Budget 2025 wurde merklich tiefere Erträge als in den Vorjahren eingeplant.

zu Frage 3:

Bislang haben mehrere Gespräche mit den Spielbanken auf Behördenebene stattgefunden. Die Spielbanken haben dabei ihre Einschätzungen und Vorschläge zur Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen eingebracht. Das Amt für Volkswirtschaft hat alle Spielbanken für den 11. September 2025 zu einem Treffen eingeladen, an welchem u.a. Änderungen bezüglich der Anforderungen der Geldspielaufsicht mitgeteilt werden. Weitere Treffen sind im Anschluss geplant. Änderungen auf Verordnungsebene sind derzeit in Prüfung, allfällige Anpassungen auf Gesetzesebene werden in die Revision des Geldspielgesetzes einfließen.

zu Frage 4:

Im Vergleich zu den Schweizer Casinos leisteten die Spielbanken in Liechtenstein im Vorjahr eine um 4.38% bis 18.98% geringere Geldspielabgabe. Der Vergleich mit der Schweiz zeigt auch, dass kleinere Casinos mit einem Bruttospielertrag von 8.5 bis 13 Mio. Franken grundsätzlich rentabel operieren können. Die Spielbanken haben ihre Vorschläge zu Anpassungen auf Verordnungs- und Gesetzesebene bereits eingebracht und können dies im laufenden Revisionsprozess weiter tun.

zu Frage 5:

Das Abkommen über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler mit der Schweiz erfasst auch Sperren, die durch Veranstalter von Online-Geldspielen ausgesprochen wurden. Auch die schweizerischen terrestrischen Spielbanken müssen diese Sperren berücksichtigen. Durch das Abkommen erfolgt demnach keine Ungleichbehandlung zwischen schweizerischen und liechtensteinischen Spielbanken. Der Unterschied besteht darin, dass in der Schweiz die Spielbanken mit einer zusätzlichen Zulassung auch Online-Geldspiele anbieten dürfen, während in Liechtenstein keine Online-Geldspiele zugelassen werden. Die Ungleichbehandlung ist demnach nicht die Folge des Abkommens, sondern der unterschiedlichen Gestaltung des Online-Geldspiels in der Schweiz und in Liechtenstein.